

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Hauptausschuss	24.10.2016
Bezirksvertretung 9 (Mülheim)	07.11.2016
Bezirksvertretung 7 (Porz)	08.11.2016

Standortentscheidung der Bundesagentur für Arbeit

In seiner Sitzung am 12. September 2016 hat der Hauptausschuss die Verwaltung und insbesondere auch die Oberbürgermeisterin gebeten, unmittelbar mit den für die Standortentscheidung der Agentur für Arbeit in Köln Verantwortlichen der Bundesagentur in Nürnberg Gespräch aufzunehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker hat daraufhin noch im September Gespräche mit Frau Stock, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Köln, Frau Schönefeld, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit sowie mit Herrn Becker, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg geführt.

In diesen Gesprächen hat Frau Oberbürgermeisterin sehr deutlich gemacht, dass die Stadt Köln die Entscheidung der Bundesagentur für Arbeit zur Integration aller bisherigen Geschäftsstellen der Agentur für Arbeit Köln in einen Neubau am Standort Köln-Ossendorf differenziert betrachtet. Eine zentralistische Standortentscheidung in den Stadtteil im Kölner Westen sei ihrer Meinung nach insbesondere für alle von Arbeitslosigkeit bedrohten und erwerbslosen Kölnerinnen und Kölner sowie auch für Besucherinnen und Besucher der Berufsberatung aus den rechtsrheinischen Stadtteilen von erheblicher zeitlicher Belastung. Überdies ist der Rückzug aus den Stadtteilen Porz und Mülheim durch Schließung der beiden Geschäftsstellen kein richtiges Signal im Hinblick auf die Stärkung der Sozialraumorientierung der Stadt Köln.

Herr Becker hat in einem Schreiben an Frau Oberbürgermeisterin Reker vom 28. September 2016 die Entwicklung bis zu dieser Entscheidung skizziert und im Ergebnis die Entscheidung für eine sogenannte „Stadtagentur“ Köln bestätigt.

So führt er in diesem Schreiben aus, dass seit mehreren Jahren klar sei, dass die Agentur für Arbeit Köln das Gebäude an der Luxemburger Str. nicht mehr dauerhaft nutzen könne, so dass bereits seit über 2 Jahren nach einer neuen Anmietung auf der linken Rheinseite gesucht worden sei. Alle vorgelegten Angebote wären trotz Einbindung vieler Interessenten in Köln nicht geeignet gewesen.

Aus diesem Grunde habe die Geschäftsführung in Köln nach interner Abstimmung beschlossen, einen Neubau für das „Kundenzentrum Köln“ europaweit auszuschreiben. Aufgrund von Schwierigkeiten geeignete linksrheinische Immobilien zu finden, sei die Standortsuche auf das gesamte Stadtgebiet Köln erweitert worden. Daraus hätte sich die Notwendigkeit ergeben, auch die Geschäftsstellen in die Neuplanung zu integrieren.

Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg führt weiter aus, dass auch der örtliche Ver-

waltungsausschuss (dem auch Mitglieder der im Rat vertretenen Fraktionen angehören) regelmäßig informiert worden sei, so auch von der Ausschreibung im November 2015. Den Zuschlag erhielt so- dann der jetzige Standort, der die Bedingungen einer modernen Stadtagentur am besten erfülle.

Herr Becker versichert in seinem Schreiben, dass alle gewohnten Dienstleistungen in gewohnter Weise in der Stadt vertreten blieben, so die Berufsberatung an den Kölner Schulen, der Arbeitgeberservice bei den Arbeitgebern der Stadt und die Berufsfachkräfte in den Netzwerken vor Ort. Überdies würde die Leitung der Agentur für Arbeit dafür Sorge tragen, dass bei den Kunden, wo eine wohnort- nähere Erbringung der Dienstleistungen zwingend notwendig sei, kundenfreundlichen Lösungen ge- funden werden.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Informationspolitik der Bundesagentur für Arbeit mit der rein informatorischen Einbindung des Verwaltungsausschusses von der Verwaltung kritisch gesehen wird, diese aber trotz verschiedener Interventionsversuche keinen Einfluss auf die Entscheidung der Bun- desbehörde in Nürnberg hat.

gez. Reker